

# Wahlen in Deutschland

**Beitrag von „tibo“ vom 26. Januar 2025 12:49**

## Zitat von Moebius

Man darf gerne konstruktive Vorschläge für ein Steuersystem machen, das einer Entwicklung zur ungleichen Vermögensverteilung entgegenwirkt, leider sind diese Vorschläge in den meisten Fällen auch nicht besser durchdacht, als als per Einwurf auf "die Reichen" zu verweisen.

(...)

Niemand von denen hat sein Geld einfach auf der Bank liegen und die Liste entspricht gleichzeitig praktisch auch der Liste der wichtigsten Arbeitgeber in Deutschland außerhalb des öffentlichen Sektors.

Ja, es ist richtig, dass es nicht nur um das private Vermögen geht. Eine Vermögenssteuer ist notwendig, aber nicht ausreichend. Die Top-Ökonomin und Professorin für VWL, Isabella Weber, die große Teile der neoliberalen Wirtschaftswissenschaft widerlegt hat, hat da sehr konkrete Vorschläge:

Auch die Gewinne der Unternehmen müssen zurück in die Allgemeinheit fließen. Aktuell gibt es keinen trickle-down-Effekt. Die Gewinne der Unternehmen steigen, die Gewinne fließen in private Taschen, die Inflation geht auf Kosten der ärmsten Menschen, die fast ihr ganzes Einkommen für immer teurer werdende Grundgüter ausgeben müssen und gar nicht die Möglichkeit haben, Geld in ausreichender Menge im Aktienmarkt zu investieren, um von den Wirtschaftsgewinnen zu profitieren.

Man muss dafür sorgen, dass die Gewinne verteilt werden. Die Arbeitnehmer\*innen müssen dafür gestärkt werden. Das Streikrecht ist extrem wichtig, um die Inflation bei den Löhnen auszugleichen. Die Macht der Arbeitnehmer\*innen muss auch durch ein stabiles Sozialversicherungssystem gestärkt werden. Die Gewinne dürfen nicht nur in private Taschen der Arbeitgeber\*innen fließen, sondern auch in die der Arbeitnehmer\*innen. Trickle-down gibt es nur mit staatlichen Eingriffen, sonst gibt keiner der Reichen freiwillig Geld ab. Eine Übergewinnsteuer ist da ein effektives Mittel. Die Macht der Unternehmen muss eingeschränkt werden durch ein Kartellrecht, das verhindert, dass zu viel Geld und Macht in einem Unternehmen vereint wird, das dann die Preise bestimmen kann. In Krisen muss der Staat Preise bestimmen: Preiskontrollen und -obergrenzen. Rationale Preise insbesondere für Grundgüter des Lebens.

<https://jacobin.de/artikel/isabel...tschaftspolitik>

Und dann bin ich auch wieder bei meiner generellen Kritik: Geld und Macht verklumpen gerade in einem demokratiegefährdem Maße. Superreiche wie Musk und sein soziales Netzwerk X müssen demokratische Grenzen gesetzt werden, indem ihre Macht begrenzt wird. Ähnlich wie beim Gewaltmonopol muss es ein Machtmonopol geben: Keiner darf mächtiger werden als die Demokratie selbst.